

**Oberbürgermeisterin Katharina Pötter:  
Haushaltseinbringung in der Ratssitzung  
am Dienstag, 27. September,  
Rathaus**

Sehr geehrter Ratsvorsitzender,  
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

üblicherweise ist die Einbringung des Haushaltes mit wenig Aufregung und Diskussion verbunden: Die Verwaltung demonstriert, dass sie – wie immer auf den letzten Drücker – ihre Hausarbeiten gemacht hat, der Kämmerer stellt mit mahnenden Worten die wichtigsten Eckdaten vor, um dann den Zahlensatz dem Rat, bzw. den Fraktionen zur Meinungsbildung zu überlassen. So gehört es sich und ich glaube, dass wir im Rückblick mit dem Verlauf der Diskussionen und Beschlüsse recht zufrieden sein können, weil die Haushalte für unsere Stadt immer von einer breiten Mehrheit getragen worden sind.

Obwohl ich hoffe, dass auch in diesem Jahr der Haushalt von möglichst vielen Köpfen durchdacht, diskutiert, verstanden und schließlich getragen wird, so ist doch alles anders. Der Krieg in der Ukraine, die zu uns kommenden Flüchtlinge, die explodierenden Energie- und Baukosten, die unsichere soziale und wirtschaftliche Lage schlagen voll auf die Kommunen durch. Besonders unerfreulich dabei ist, dass wir immer noch nicht genug wissen, um uns wirklich auf das vorbereiten zu können, was da auf uns zukommt. Nur eins ist auf jeden Fall klar: Die weltpolitischen Turbulenzen lassen uns nicht unberührt und geben uns Anlass zu großer Sorge.

Die Rahmenbedingungen, zu denen offensichtlich auch die Klimakrise gehört, passen nicht mehr zu unserem eingeübten Verhalten, zu unseren Plänen und Projekten. So gehen wir heute mit einer Schätzung für die Gewerbesteuer in die Haushaltsberatungen, deren Belastbarkeit wir nicht beurteilen können. Einen Einbruch bei den Steuereinnahmen können wir nicht ausschließen.

Wir wissen einfach nicht, welche Folgen Energie- und Baukosten, gerissene Lieferketten und Konsumentenverhalten auf Wirtschaft und Arbeitsplätze haben werden.

Wir wissen allerdings – und Sie konnten es in den vergangenen Tagen auch in der Zeitung lesen –, dass wir uns auf deutlich höhere Ausgaben im sozialen Bereich einstellen müssen: Die Menschen und die Familien, die bisher so eben klargekommen sind, werden nun hart von steigenden Gas- und Strompreisen getroffen. Sozialvorstand Heike Pape wird gleich noch etwas dazu sagen. Die Fragen, die die Sozialverwaltung erreichen, deuten schon jetzt darauf hin, dass deutlich mehr Menschen, insbesondere Familien, Hilfe brauchen. Wir gehen davon aus, dass mit der Wohngeldreform drei Mal so viele Berechtigte ab dem kommenden Jahr Anträge stellen werden. Und wenn wir ihnen helfen wollen, brauchen wir wiederum mehr Personal, um die Aufgaben bewältigen zu können. Wir können nicht einfach in Haushalten den Gashahn zudrehen und den Strom abstellen. Menschen, die nicht mehr zahlen können, müssen wir unterstützen. Die städtische Solidargemeinschaft kann von uns erwarten, dass wir helfen, statt die Betroffenen allein zu lassen.

Das wird natürlich nicht ohne Landes- und Bundesmittel gehen. Aber den städtischen Haushalt wird diese Entwicklung auch belasten. Wir bereiten uns aber auf die neue rechtliche Situation vor, indem wir nicht nur neue Stellen beantragen, sondern bereits aktuell die Prozesse verschlanken und optimieren sowie durch digitale Workflows ersetzen.

Ohne zusätzliches Personal werden wir die zahlreichen neuen Aufgaben nicht stemmen können. Auch die Digitalisierung gehört dazu. Wir sind zwar dabei, mit Hilfe der Technik Abläufe zu verschlanken und zu beschleunigen, Ziel ist es weitere Dienstleistungen zu digitalisieren, so dass die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr „aufs Amt“ kommen müssen. Die Hoffnung aber, dass sich dieser Prozess entlastend auf den Haushalt auswirken würde, hat sich bisher nicht eingestellt. Sie wird erst langfristig in Erfüllung gehen. Mittelfristig müssen wir uns darauf vorbereiten, dass in den kommenden Jahren fast 40 Prozent unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Ruhestand gehen. Auf diese Entwicklung müssen wir schon jetzt reagieren, wenn wir denn den Bürgerinnen und Bürgern nicht eine Reduzierung der Dienstleistungen zumuten wollen.

Wir müssen auch auf den Fachkräftemangel reagieren, unter dem die Stadtverwaltung als großer Arbeitgeber genauso leidet wie andere private auch. Bleiben wir nicht attraktiv, oder anders gesagt: werden wir nicht noch attraktiver, werden wir in der gegenwärtigen Konkurrenzsituation gegenüber anderen verlieren. Wir sind mit der neuen Digitalisierungsstrategie auf einem guten Weg.

Aber eine Verkleinerung der Mitarbeiterzahl können wir uns insbesondere in der Ausländerbehörde, im Bürgeramt, Standesamt und in der KfZ-Zulassung nicht leisten.

Vor diesem Hintergrund müssen Sie den Stellenplan lesen, der verdeutlicht, dass wir nicht nur in den Kitas und Horten, sondern auch in der Sozialverwaltung und in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge Personal brauchen, ohne das wir die kommenden Herausforderungen nicht bewältigen können.

Und so ist heute mit der Haushaltseinbringung auch der Zeitpunkt gekommen, sich ehrlich zu machen: Wir müssen erkennen und akzeptieren, dass die Entwicklung der vergangenen Monate manche Pläne überholt hat, so dass wir gezwungen sind, diese Planungen deutlich zu korrigieren: Wir müssen sie der veränderten Wirklichkeit anpassen. Vor dem Hintergrund dieser extrem angespannten Situation bitte ich Sie auch darum zu bedenken, dass auch Ihre Anfragen und Anträge in der Verwaltung Arbeit auslösen.

Überprüfen Sie vielleicht gelegentlich selbst, was aus den meisten Antworten Ihrer Anfragen wird: Verwaltungsmitarbeiter haben oft stundenlang recherchiert und dann werden die Antworten einfach dem Protokoll beigefügt. Allein heute liegen dem Rat 8 Anträge, 7 Anfragen und Sachstandsberichte zu früheren Ratsanträgen im Umfang von 29 Seiten vor.

Der Haushalt, den wir heute als Vorstand bewusst gemeinsam einbringen, ist also auch Ausdruck einer schmerzhaften Korrektur, mit der wir auf die Veränderungen reagieren müssen. Wir haben in den vergangenen Jahren an der Realität vorbeigeplant, indem wir die Investitionen viel zu hoch angesetzt hatten: Anstatt der geplanten 319 Mio in den letzten drei Jahren haben wir 127 Mio. Euro nicht investiert.

Aus diesem Grunde haben wir für das Jahr 2023 im Haushalt die Investitionen von rund 140 Millionen Euro auf 110 Millionen Euro reduziert.

Zusammenfassend sind die wesentlichen Faktoren, die in den nächsten Jahren den Haushalt bei allen Unsicherheiten in den einzelnen Themen, bestimmen werden:

- Größte Unsicherheit bei den Steuereinnahmen
- Explodierende Baukosten und Energiekosten
- Fachkräftemangel
- Personalkosten
- Digitalisierung

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Vorstandskollegen werden gleich an einigen exponierten Beispielen verdeutlichen, wie einschneidend diese Themen auch das Leben unserer Stadt beeinflussen. Lassen Sie mich aber doch vorher noch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir die Phase günstiger Energiepreise endgültig verlassen haben. Diese Entwicklung wird den erneuerbaren Energien einen gewaltigen Schub verleihen – leider aber zeitversetzt.

Und so sind die Erneuerbaren längst noch nicht so weit ausgebaut, dass wir auf fossile Energieträger verzichten könnten. Unter Berücksichtigung der aktuell unsicheren wirtschaftlichen Gesamtlage und auf Basis des aktuellen Preisniveaus ist davon auszugehen, dass in diesem Jahr insgesamt Mehrkosten bei Wärme und Strom in einer Größenordnung von rund 2.036.000,00 € auf uns zu kommen.

Das entspricht einem Plus von 37,6 Prozent gegenüber den Planansätzen. Dabei sind Kosten Dritter, wie der Kitaträger, der Sportvereine, Kulturinitiativen und sonstigen Initiativen noch nicht eingeplant.

Ebenso große Sorge macht uns die aktuelle Baupreisentwicklung. So haben sich beispielsweise die Baupreise für Wohngebäude im Mai 2022 gegenüber Mai 2021 um 17,6 Prozent erhöht. Gegenüber Februar 2022 sind die Preise um 6,6 Prozent gestiegen. Und die weitere Tendenz weist nicht nach unten, sondern nach oben. Neben der Kostensteigerung stellen auch die zum Teil exorbitant verlängerten Lieferzeiten durch gestörte Lieferketten ein Problem in der Bauabwicklung dar.

Die konkreten Auswirkungen der aktuellen Lage für die städtischen Baumaßnahmen sind nur sehr schwer zu beziffern. Es häufen sich außerdem bei öffentlichen Ausschreibungen die Fälle, in denen keine oder nur extrem überhöhte Angebote eingehen. Eine belastbare Prognose des Kostenverlaufs wird aufgrund dieser Rahmenbedingungen immer schwerer – ist im Grunde genommen kaum möglich.

Liebe Ratskollegen, unter dieser Maßgabe legen wir Ihnen heute einen Haushaltsentwurf vor, der trotz aller Unsicherheiten nach bestem Wissen aufgestellt ist.

Ich darf jetzt dem Ersten Stadtrat Wolfgang Beckermann das Wort übergeben.